

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Katja Kipping, Klaus Ernst, Dr. Martina Bunge, Monika Knoche, Katrin Kunert, Elke Reinke, Frank Spieth und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Gesellschaftliche Kosten durch Doping am Arbeitsplatz**

In der „Tagesschau“ wurde am 12. Februar 2009 über Doping am Arbeitsplatz und die entsprechende Studie der DAK in deren „Gesundheitsreport 2009“ berichtet. Ausgesagt worden ist, dass rund zwei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon einmal ihre Leistungen oder Stimmung mit Arzneimitteln gesteigert haben. Ca. 800 000 Menschen würden sich am Arbeitsplatz regelmäßig mit leistungssteigernden oder mit stimmungsaufhellenden Arzneimitteln dopen – auch mit verschreibungspflichtigen Mitteln. Nach der Arbeit würde mit beruhigenden Mitteln wieder versucht, sich auf ein Normalmaß zu bewegen. Bekannt ist, dass auf lange Sicht ein hohes Nebenwirkungs- und Suchtpotenzial besteht. Die heutige Arbeitswelt begünstige Doping am Arbeitsplatz. Beschäftigte mit einem hohen Stresspotenzial, einem unsicheren Arbeitsplatz und starker Konkurrenz halten Doping für vertretbarer als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die weniger unter Leistungsdruck stehen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus belastbaren Studien zum Thema Doping am Arbeitsplatz?
2. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus belastbaren Studien zum Thema Nutzung von Beruhigungsmitteln nach der Arbeit?
3. Welche Mittel werden für Doping und Beruhigung genutzt?
4. Welche Alters-, Berufs- und Einkommensgruppen sind besonders betroffen?
5. Gibt es geschlechterspezifische Unterschiede beim Doping und der Nutzung von Beruhigungsmitteln?
6. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die gesellschaftlichen Kosten für Arzneimittel, mit denen gedopt wird, für zu behandelnde Suchtkrankheiten, für psychische und physische Schäden infolge der o. g. Stressfaktoren und der schlechten Bedingungen in der Arbeitswelt ein?
7. Welche Maßnahmen schlägt die Bundesregierung gegen die Ursachen des Dopings am Arbeitsplatz und entsprechender Folgeschäden vor, und wie will sie diese umsetzen?

Berlin, den 24. März 2009

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

